

Die letzten 150 Campierenden werden in der Nacht zum 30. Juni 2011 von der Polizei geräumt. »Die Plaça Catalunya hat am frühen Morgen das Erscheinungsbild wiedererlangt, das sie vor dem 15. Mai besaß, als das Camp der Indignados begann«, so schreibt das Blatt *El Punt Avui* (2011).

## 4 Gesamtschau: die Empörung durchleuchten

Nachdem zuerst die politische Diskursanalyse des Empörungsdiskurses dessen zentrale Knotenpunkte und Themenfelder herausarbeitete und dann die Diskursanalyse von unten anhand der Protokolle des Barcelona-Camps ein feinmaschigeres Bild der Proteste zeichnete, gilt es jetzt, in einer Gesamtschau beide analytische Ebenen ineinander zu blenden. So steht zunächst der populare Bruch, den die Indignados anstoßen, im Vordergrund. Die Proteste artikulieren eine protopopulistische Semantik mit linker Polung und provozieren die Geburt eines neuen Volkssubjekts (Kap. III.4.a). Die neue Kollektivität artikuliert sich indes nicht nur als Ensemble von Zeichen, sondern ebenfalls durch die konkrete Praxis der Platzbesetzung. Erst durch die Verankerung in Raum und Zeit stabilisiert sich die Protestpraxis und wird die Hypothese des popularen Bruches – ansatzweise – zur sozialen Realität. Hiermit nimmt die Plaça Catalunya als *verdichtender Passagenpunkt* der katalanischen Empörtenproteste Konturen an (Kap. III.4.b).

Aus dem Plädoyer für die sinnliche Verankerung von Artikulationen folgt nicht nur eine erweiterte Diskurskonzeption, sondern auch ein aktualisierter Begriff des Antagonismus. In meiner Analyse äußern sich Feindfiguren nicht mehr als entbettete Signifikanten, sie tun es ebenso ganz materiell – im vorliegenden Fall als Ordnungsgewalt, die sich gegen die Indignados durchzusetzen sucht, indem sie den Platz gewaltsam räumt. Damit eröffnet sich eine Dimension der Hegemonie, die Laclau/Mouffe mit ihrem Fokus auf diskursive Deutungskämpfe weithin ausblenden: die Gewalt (Kap. III.4.c). Die Gesamtschau endet mit der Frage der Demokratie. Sie stellt sich beim Ausbruch der Proteste im Frühjahr 2011 als umkämpfter Schlüssel signifikant heraus. Der Empörungsdiskurs oszilliert zwischen einem direktdemokratischen und einem reformistischen Demokratiebegriff. Indes sollte man nicht bei diesem Spannungsverhältnis stehenbleiben. Die Indignados besitzen ein klares, die Proteste *insgesamt* auszeichnendes Merkmal. Es sind die basisdemokratischen Praktiken in der Versammlung (Kap. III.4.d).

### 4.1 Der populare Bruch und das neue Volk

Wenn es eine Konfliktlinie gibt, die so gut wie alle Dokumente – ob Manifester, Forderungskataloge oder Protokolle – durchzieht, so ist es die Unterscheidung zwischen unten und oben, zwischen den mächtigen Eliten und dem entmachteten *pueblo* (Volk). Weder Eliten noch *pueblo* werden meist als solche explizit im Diskurs benannt. In der Regel wird diese Konfliktlinie mit anderen Signifikanten definiert. Mal ist von einem unbestimmten »Wir« die Rede, dem a priori nur generelle, liberal geprägte Merkmale wie die des »harten Arbeitens« gemein sind (Kap. III.2.a), ein andermal werden zwar die ökonomischen und politischen Eliten zum Antagonisten gemacht, jedoch keine »Wir-Identität« benannt, auf die man sich positiv beziehen würde (Kap. III.2.b). Zuweilen insze-

nieren sich die Empörten sogar als neue gesetzgebende Kraft, die an die Stelle der politischen Eliten tritt (Kap. III.2.e). All diese diskursiven Operationen bewegen sich jedoch entlang einer asymmetrischen Konfliktachse: Die bestehende Ordnung wird als despotische Herrschaft delegitimiert und mit einem gerechteren und demokratischeren Gesellschaftsentwurf konfrontiert, in dem sich ein neues Kollektiv als neues *pueblo* (Volk) postuliert.

Die Infragestellung des Ist-Zustandes zieht sich wie ein roter Faden durch die analysierten Dokumente. Vor allem in den Protokollen des Barcelona-Camps wird ein generalisierter Unmut artikuliert. Dieser findet jedoch nicht zu verfestigten Signifikanten oder stabilisierten Bedeutungsketten. Am ehesten verdichtet sich die Kritik an der Ordnung im charakteristischen Slogan der Empörtenproteste: *No nos representan!* (Sie repräsentieren uns nicht!) Das Motto erweist sich auf drei Ebenen als verbindendes Symbol des Empörungsdiskurses: Erstens ist für ihn die konfliktgeladene Grenzziehung gegenüber einer Sie-Identität charakteristisch. Trotz ihrer Vagheit wohnt dieser Abgrenzungsgeste eine mächtige Signalwirkung inne. Sie unterstreicht, dass das soziale Feld konflikthaft gespalten ist, dass ein »Sie« besteht, dem ein »Wir« entgegentritt. Die Praktiken der Empörung artikulieren damit eine gegenhegemoniale Gesellschaftsvision. Anders als dies die Kultur der Transition mit ihrem Fokus auf Konsens und Stabilität nahelegte (Kap. II.3.c), ist für die Indignados die spanische Gesellschaft von Konflikten zerfurcht.

Zweitens ist im Motto die *Repräsentationskritik* zentral. Letztere fungiert als Knotenpunkt, der die verschiedenen Stränge des sich bildenden Empörungsdiskurses verbindet. Die Repräsentationskritik kann als Delegitimierung der aktuellen Repräsentantinnen gelesen und als Plädoyer für ihre Ersetzung durch bessere gelesen werden, aber auch als totale Ablehnung der repräsentativen Demokratie und als Forderung nach einem alternativen, direktdemokratischen Demokratiemodell, das nicht mehr Parlamente, sondern Versammlungen tragen. Dabei vereint die Empörungspraktiken im Slogan »Sie repräsentieren uns nicht!« ebenfalls, dass die Grenze zwischen denen, die aktiv repräsentieren und jenen, die passiv repräsentiert werden, nicht nur in Frage gestellt, sondern – dem Anspruch nach – neu verhandelt wird, geradezu umgedreht wird. Der Repräsentationsanspruch der tradierten Kräfte (Parteien, Gewerkschaften, Verwaltungsapparat usw.) wird delegitimiert und demgegenüber die politische Legitimität der Mobilisierungen und neuartigen Platzbesetzungen affirmiert (vgl. Huke et al. 2015: 19).

Drittens sticht das Ausrufezeichen hervor, mit dem dieses Motto versehen wird. Es stattet die Kritik an der Repräsentationsordnung mit dem Nimbus einer Dringlichkeit aus, die ihren stärksten Widerhall in jenem aktionsorientierten Diskursstrang findet, der sich im Frühjahr 2011 auf der Plaça Catalunya artikuliert. Die Repräsentationsverhältnisse sind nicht bloß etwas überarbeitungsbedürftig, sie stehen hier und jetzt in der Kritik, erleben hier und jetzt eine Legitimitätskrise. Der Slogan ist ein Appell. Er soll performativ eine neue Praxis hervorbringen, mehr noch, eine neue Zitierungspraxis auf Dauer stellen, welche die alten Autoritäten (besonders die der Transition) delegitimiert und sie durch einen neuen Horizont ersetzt, in dem eine neue Kollektivität, die sich vermöge der Praxis der Empörung konstituiert, für sich Souveränität einklagt.

Wenn dergestalt das Verhältnis zwischen Repräsentantinnen und Repräsentierten aktiv von letzteren in Frage gestellt wird, so folgt hieraus eine *Umkehrung* der sozialen Ordnung. Die Schwachen ermächtigen sich gegen die Starken, die zuvor nur passiv blei-

benden Repräsentierten werden aktiv, sie avancieren zu handlungsmächtigen Akteuren. Diese Ermächtigung der »von unten« gegen die »von oben« äußerte sich immer wieder als Umdrehung der Agency, als Inbesitznahme der Handlungs- und Sprechfähigkeit. Das »Wir« wird in den Dokumenten vom Objekt (*nos/uns*) zum Subjekt (*nosotros/wir*) gemacht. Diese Ermächtigungsgeste geht zudem mit der Grenzziehung gegenüber den (Repräsentations-)Eliten Hand in Hand. Mit diesem Upside-down-Szenario geschieht eine polarisierte Zuschreibung negativer und positiver Eigenschaften, wie sie beim Barcelona-Camp besonders deutlich wurde. Die protagonistiche Wir-Identität wird als friedlich, empfindsam und solidarisch porträtiert, die Eliten als egoistisch, korrupt und gewalttätig. Im Kern stehen wir vor einem hochmoralischen Narrativ, das Gutes und Böses scharf differenziert. Hierbei handelt es sich um einen äußerst basalen Politisierungsdiskurs, der einer ausformulierten Ideologie im Stile von Marxismus oder Anarchismus entbehrt und in seinem schlichten Postulat eines totalen Umbruches an vormoderne Narrative anknüpft (dazu Scott 1990: 80f.).<sup>48</sup>

Der populare Bruch, den die Indignados forcieren, offenbart eine *naive Radikalität*. Es wird so getan, als sei der angestrebte Umbruch bereits geschehen, als müsse ein neues Volkssubjekt nur noch seine Macht ausüben. Das Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« genauso wie die Forderungskataloge der Puerta del Sol und der Plaça Catalunya setzen selbstverständlich voraus, dass ein neues Souverän bereits konstituiert sei und den politischen Prozess lenken könne. Dabei wird ausgeblendet, wie die sedimentierte liberaldemokratische Ordnung überwunden oder zumindest korrigiert werden könnte (vgl. Rodríguez 2016: 62f.).

Auf diese Weise entsteht im Frühjahr 2011 eine *protopopulistische Semantik mit linker Polung*. Das Präfix »proto-« unterstreicht, dass die Praktiken der Empörung eine Semantik im Geburtszustand artikulieren, die heterogene, teils gegenläufige Diskursstränge umfasst. Gleichwohl besitzen die Proteste einen minimalen verbindenden Sinnhorizont. Dieser lässt sich gemäß mittlerweile etablierter Definitionen insofern als populistisch bestimmen, als er die Spaltung der Gesellschaft in zwei Teile behauptet: die von unten und die von oben.<sup>49</sup> Diese Spaltung wird nicht bloß affiniert, sondern im Sinne Laclau (2005: 88–100) antagonistisch aufgeladen. So wie Laclau die Selbststilisierung des *plebs* zum *populus* beschreibt, so gerieren sich im Empörungsdiskurs die von unten (Arbeitslose, Studierende, prekär Beschäftigte, Nichtrepräsentierte usw.) als *das Volk*, das eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft einfordert. Die Eliten werden hingegen als ein blockierendes Element gedeutet, das zu entmachten ist, um die angestrebte gesellschaftliche Neuordnung zu realisieren. Folglich besitzt der Empörungsdiskurs eine dyadische Struktur (vgl. Jörke/Selk 2017: 43). Er lanciert einen Unten-oben-Konflikt

48 Damit behaupte ich nicht, dass die Empörtenproteste geschichtslos seien (wie dies Joaquín Valdivielso [2012] suggeriert), sondern dass ihre historische Einbettung in vorgängige Protestbewegungen der 1970er bis 2000er Jahre subtil verläuft, sich eher in den konkreten Praktiken des Empörungsdiskurses und weniger in seiner Rhetorik äußert.

49 Ich stütze mich auf jene Ansätze, die sich nicht um eine normative, sondern um eine deskriptive Fassung populistischer Phänomene bemühen. Einführend: Mudde/Rovira Kaltwasser 2019, Jörke/Selk 2017, Laclau 2005.

ohne Abwertung von migrantischen Gruppen oder Minderheiten, wie sie der Rechtspopulismus unternimmt (der eine triadische Diskursstruktur hat). Die Indignados bleiben bei einer vertikalen Polarisierung und stilisieren sie als eine demokratisierende Konfrontation. In genau dieser Hinsicht birgt die protopopulistische Empörtensemantik eine linke Polung. In ihr schwingt ein elementarer Egalitarismus mit.<sup>50</sup> Die Empörung enthält ein »levelling instinct [...] which prompts the prompt to seek a degree of elementary social justice at the expense of the rich« (Rudé zit. in Laclau 2005: 76).

Die Artikulation der Empörung stellt zwar liberaldemokratische Postulate wie die Gewaltenteilung, das Repräsentationsprinzip oder den unbedingten Schutz des Privateigentums in Frage, es griffe aber fehl, sie als eine prinzipielle Gefahr für Spaniens Demokratie zu bezeichnen. Im krisengerüttelten Spanien des Jahres 2011 entfaltet die Empörung demokratisierende Effekte. Große Teile der Bevölkerung bekommen durch die entstehende Protestbewegung eine Stimme, ihre Abstiegserfahrungen und Ängste werden repräsentiert. Diese Artikulation besitzt den Charakter einer demokratischen Ermächtigung, sie fordert soziale Gerechtigkeit und Volkssouveränität ein. Und es hebt diese Forderungen in einem neuen Volkssubjekt auf, das gerade in seiner Vagheit nicht ausschließend, sondern integrativ verfasst ist, prinzipiell alle Bevölkerungssegmente umfasst. Indes sei hier vor einer allzu emphatischen Leseart der protopopulistischen Empörungssemantik gewarnt, wie sie paradigmatisch Íñigo Errejón (2011) vornimmt. Der damalige Politologe und spätere Podemos-Strategie kapriziert sich zu sehr auf die semantische Polarisierung *pueblo versus élites* (Volk gegen Eliten) und vernachlässigt dabei, wie sich dieser linkspopulistische Konflikt als konkrete Praxis in der Gesellschaft artikuliert.<sup>51</sup> Erst die Praxis der Empörung auf den Straßen und Plätzen bekräftigt das Postulat des popularen Bruches, verleiht dem Neugründungsanspruch der Gesellschaft empirische Evidenz.

## 4.2 Plaça Catalunya, Passagenpunkt des Bruches

Der populare Bruch, der von den Indignados ausgeht, bedeutet eine diametrale Infragestellung des spanischen Ist-Zustandes. Die Kritik, dass dieser Bruch naiv bleibe, weil er ausblende, wie mit der herrschenden Ordnung zu brechen sei, trifft auf einer eng diskursiven Ebene zu, allerdings nicht auf jener der *Praxis* der Artikulation. Der Empörungsdiskurs wird dadurch disruptiv, indem er sich als ein konkretes, präziser, als ein vielfach konkretisiertes Ereignis manifestiert: in der Besetzung der Hauptplätze der spanischen Städte. Die mehrwöchigen Zeltlager auf der Puerta del Sol in Madrid, der Plaça Catalunya in Barcelona und in dutzenden anderen Ortschaften versinnbildlichen schon im Terrain der urbanen Geographie, dass die Empörung – im Einklang mit ihren diskursiven Postulaten – einen Anspruch auf Zentralität erhebt. Die Aneignung eines physischen

50 Es ist kein Zufall, dass sich ab 2014 mit der Partei Podemos ein gewissermaßen gereiftes linkspopulistisches Projekt artikuliert, das die Kernelemente des Empörungsdiskurses reartikuliert und diesem eine Homogenität, Geschlossenheit und Zielrichtung verleiht, die er im Jahr 2011 noch entbehrt (als Überblick hierzu: Kap. V.4).

51 Errejóns stark diskursanalytische und wenig praxeologische Haltung wird sich später auch auf politischer Ebene bei der strategischen wie organisatorischen Ausrichtung des Parteiprojekts von Podemos bemerkbar machen.